

// Im Blickpunkt

Seit Gründung der Vorgängerbehörde der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) im Jahre 1995 wurden Akteneinsichtsgesuche von Anlegern wegen möglicher Kapitalmarktverstöße stets mit dem Argument zurückgewiesen, dass das frühere Bundesaufsichtsamt für den Wertpapierhandel und die BaFin gem. § 8 WpHG Verschwiegenheit zu wahren hätten und deshalb keinerlei Informationen und Details ihrer Aufsichtstätigkeit herausgeben dürften. Hiervon hat sich das VerwG Frankfurt nicht überzeugen lassen und kam in seinen Urteilen vom 23.1. und 12.3.2008 zu dem Ergebnis, dass den Anlegern ein Anspruch auf Auskunft und Einsicht in die BaFin-Akten gemäß § 1 Abs. 1 S. 1 Informationsfreiheitsgesetz zusteht. Die Reaktionsmöglichkeiten der Praxis auf diese Verurteilung zeigen *Wilsing/Carsten* auf.

Dr. Martina Koster, Ressortleiterin Wirtschaftsrecht



Entscheidungen

BGH: Anspruch des Insolvenzverwalters auf Rückgewähr unentgeltlicher Leistungen nach Anfechtung

Der BGH hat mit Urteil vom 11.12.2008 – IX ZR 195/07 – entschieden: Dem Insolvenzverwalter steht der auf eine Anfechtung unentgeltlicher Leistungen gestützte Rückgewähranspruch auch dann zu, wenn der daneben bestehende Bereicherungsanspruch der Masse nur an der Kenntnis des Schuldners von der Nichtschuld der Leistung scheitert und dem Anfechtungsgegner „vorkonkursliche“ Schadensersatzansprüche gegen den Schuldner zustehen.

Volltext des Urteils: [// BB-ONLINE](#) BBL2009-113-1 unter www.betriebs-berater.de

BGH: Kenntnis vom Benachteiligungsvorsatz des Schuldners

Mit Urteil vom 20.11.2008 – IX ZR 188/07 – hat der BGH entschieden: Weiß der Gläubiger, dass der Schuldner nicht in der Lage ist oder voraussichtlich nicht in der Lage sein wird, die bestehenden Zahlungspflichten im Zeitpunkt der Fälligkeit im Wesentlichen zu erfüllen, so weiß er in der Regel auch, dass dessen Rechtshandlung die Gläubiger benachteiligt.

Volltext des Urteils: [// BB-ONLINE](#) BBL2009-113-2 unter www.betriebs-berater.de

BGH: Kein Nutzungsersatz bei Rücktritt wegen Mangelhaftigkeit

Der BGH hat mit Urteil vom 26.11.2008 – VIII ZR 200/05 – entschieden: § 439 Abs. 4 BGB ist unter Beachtung des Urteils des EuGH vom 17.4.2008 (Rs. C-404/06, NJW 2008, 1433 – Quelle AG/Bundesverband der Verbraucherzentralen und Verbraucherverbände) im Wege der richtlinienkonformen Rechtsfortbildung in Fällen des Verbrauchsgüterkaufs (§ 474 Abs. 1 S. 1 BGB) einschränkend anzuwenden: Die in § 439 Abs. 4 BGB in Bezug genommenen Vorschriften über den Rücktritt (§§ 346 bis 348 BGB) gelten in die-

sen Fällen nur für die Rückgewähr der mangelhaften Sache selbst, führen hingegen nicht zu einem Anspruch des Verkäufers gegen den Käufer auf Herausgabe der gezogenen Nutzungen oder auf Wertersatz für die Nutzung der mangelhaften Sache.

Volltext des Urteils: [// BB-ONLINE](#) BBL2009-113-3 unter www.betriebs-berater.de

➔ Vgl. dazu demnächst den Kommentar von Ayad.

BGH: Grundbucheintragung einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts

Mit Beschluss vom 4.12.2008 – V ZB 74/08 – entschied der BGH: Die Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR) kann unter der Bezeichnung in das Grundbuch eingetragen werden, die ihre Gesellschafter im Gesellschaftsvertrag für sie vorgesehen haben. Sieht der Gesellschaftsvertrag keine Bezeichnung der GbR vor, wird die GbR als „Gesellschaft bürgerlichen Rechts bestehend aus...“ und den Namen ihrer Gesellschafter eingetragen.

Volltext des Beschl.: [// BB-ONLINE](#) BBL2009-113-4 unter www.betriebs-berater.de

➔ Vgl. dazu auch den Kommentar von Reymann in einer der kommenden Ausgaben des „Betriebs-Berater.“

BGH: Kein Vergleich nach Abtretung trotz Abtretungsverbots

Mit Urteil vom 13.11.2008 – VII ZR 188/07 – entschied der BGH, dass bei Wirksamkeit einer trotz Abtretungsverbot erfolgten Abtretung nach § 354a S. 1 HGB der Schuldner in Kenntnis der Abtretung mit dem Zedenten keinen Vergleich schließen kann, nach dem die Forderung ganz oder teilweise nicht mehr geltend gemacht werden kann.

Volltext des Urteils: [// BB-ONLINE](#) BBL2009-113-5 unter www.betriebs-berater.de

OLG München: Bevollmächtigung von Stimmrechtsvertretern per Telefax

Das OLG München hat mit Beschluss vom 12.11.2008 – 7 W 1775/08 – entschieden: Sieht

die Satzung einer Aktiengesellschaft vor, dass für die Bevollmächtigung von Stimmrechtsvertretern neben der Schriftform auch die Möglichkeit der Erteilung der Vollmacht per Telefax besteht, liegt ein die Anfechtbarkeit des Hauptversammlungsbeschlusses begründender Ladungsmangel nicht vor, wenn sich aus dem Gesamtkontext der Einladung eindeutig ergibt, dass die Bevollmächtigung des Stimmrechtsvertreters auch in Telefaxform möglich ist. Entscheidend hierfür ist insbesondere, dass in der Einladung neben der Adresse der Gesellschaft auch ausdrücklich die Telefaxnummer angegeben ist.

Volltext des Beschl.: [// BB-ONLINE](#) BBL2009-113-6 unter www.betriebs-berater.de

Finanzkrise

BaFin: Verlängerung des Verbots von bestimmten Leerverkäufen

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat das im September verhängte Verbot von bestimmten Leerverkäufen verlängert bis zum 31.3.2009.

Gesetzgebung

EU-Kommission: Verbesserung der EU-Prospektrichtlinie eingeleitet

Die EU-Kommission hat eine Überprüfung der Anwendung der Prospekt-Richtlinie eingeleitet. Die Prospekt-Richtlinie soll sicherstellen, dass Investoren bei Entscheidungen im Zusammenhang mit Investitionen klare und umfangreiche Informationen zur Verfügung gestellt werden. Die Kommission hat Vorschläge zur Verbesserung und Vereinfachung der Richtlinie vorgelegt. Sie möchte nun die möglichen Auswirkungen ihrer Vorschläge und die Vorteile alternativer Ansätze untersuchen. Alle interessierten Akteure, insbesondere Unternehmen, Investoren und Konsumenten, werden eingeladen, an der Konsultation teilzunehmen. Stellungnahmen sind per E-Mail bis 10.3.2009 an MARKT-G3@ec.europa.eu einzureichen.

(Quelle: PM EU-Kommission vom 9.1.2009)